

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0379/2015/BV**

Datum:  
04.11.2015

Federführung:  
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Beteiligung:  
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement  
Dezernat IV, Landschafts- und Forstamt

Betreff:

**Ideenstudie Umgestaltung Bahnhofsvorplätze -  
Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum  
Fahrradparken - Aufgabenstellung Ideenstudie -  
Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und  
Preisrichtervorbesprechung**

## Beschlussvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 15. Dezember 2015

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Weststadt	10.11.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bau- und Umweltausschuss	17.11.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	10.12.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Bezirksbeirat Weststadt und der Bau- und Umweltausschuss empfehlen folgenden Beschluss des Gemeinderats*

*1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken werden zur Kenntnis genommen.*

*2. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen Platzgestaltung und in Frage kommenden baulichen Anlagen für Fahrradparksysteme. Dennoch soll für die Ideenstudie keine dezidierte Empfehlung für eine bestimmte Lösung zum Fahrradparken abgegeben werden. Der Gemeinderat beschließt, die in der Machbarkeitsstudie Fahrradparken aufgezeigte Lösung für unterirdisches Fahrradparken aufgrund der damit verbundenen sehr großen Investitionen nicht weiter zu verfolgen.*

*3. Der Gemeinderat beschließt, der Aufgabenstellung für die Ideenstudie folgende Bindungen zugrunde zulegen*

- Berücksichtigung der Restriktionen aus dem Projekt des Mobilitätsnetzes*
- Grundsätzlicher Erhalt von Bäumen, im Einzelfall sind bei überzeugenden Lösungen Entfernung und Neupflanzung von Bäumen denkbar*
- Erhalt des Pavillons der Tourist Information*

*4. Den Vorschlägen der Verwaltung, die in Anlage 05 aufgeführten Anregungen der Bürger zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen, wird zugestimmt.*

*5. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse Nr. 2 bis 4 des Beschlussvorschlags wird der Auslobung zur Ideenstudie zugestimmt.*

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
Beteiligungskonzept	19.000 €
Mehrfachbeauftragung	207.000 €
Betreuung Mehrfachbeauftragung	25.000 €
Machbarkeitsstudie Fahrradparken	30.000 €
<b>Einnahmen:</b>	
Keine	
<b>Finanzierung:</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Beteiligungskonzept</li><li>• Mehrfachbeauftragung</li><li>• Betreuung Mehrfachbeauftragung</li></ul> innerhalb des Budget Teilhaushalt 61	251.000 €
<ul style="list-style-type: none"><li>• Machbarkeitsstudie Fahrradparken</li></ul> innerhalb des Budget Teilhaushalt 81	30.000 €

**Zusammenfassung der Begründung:**

Der in der Machbarkeitsstudie Fahrradparken prognostizierte Bedarf an Abstellmöglichkeiten fließt ohne Variantenempfehlung in die Aufgabenstellung ein. Die Idee einer Fahrradtiefgarage soll nicht weiterverfolgt werden.

Die Verwaltung empfiehlt den Erhalt aller Bäume und den Erhalt des Pavillons der Tourist Information, macht aber deutlich, dass bei den engen Vorgaben weniger interessante Lösungen zu erwarten sind.

Die Verwaltung bittet den Gemeinderat um eine Grundsatzdiskussion der Erwartungen an eine Umgestaltung, auch im Hinblick auf die gegebenenfalls in Aussicht zu stellenden Haushaltsmittel.

Aufgrund der Dringlichkeit und des engen Zeitplans (vgl. Anlage 2 zur DS 0281/2015/BV), wird der Bezirksbeirat Bergheim in seiner Sitzung am 15.12.2015 über die Vorlage ausnahmsweise nachträglich informiert.

## Sitzung des Bezirksbeirates Weststadt vom 10.11.2015

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Weststadt vom 10.11.2015

### 3 **Ideenstudie Umgestaltung Bahnhofsvorplätze** **- Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken** **- Aufgabenstellung Ideenstudie** **- Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und Preisrichtervorbesprechung** Beschlussvorlage 0379/2015/BV

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Simon vom Stadtplanungsamt anwesend, der anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich den Inhalt der Beschlussvorlage erläutert und hierbei auch auf die zugehörigen Anlagen zur Drucksache 0379/2015/BV eingeht.

Die Mitglieder des Bezirksbeirates bedanken sich bei Herrn Simon für die ausführliche Schilderung des Sachstandes.

In der anschließenden, lebhaften Diskussion äußern sich die Mitglieder des Gremiums vor allem dahingehend, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung durch vorgegebene Restriktionen zu wenig Spielraum für die angestrebte Ideenstudie lasse.

Die Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte sprechen sich zum Beispiel dagegen aus, eine unterirdische Unterbringung von Fahrrädern von vornherein aus Kostengründen auszuschließen, da mit den bisher vorgeschlagenen überirdischen Lösungen der prognostizierte Bedarf an Fahrradabstellmöglichkeiten im Jahr 2030 voraussichtlich nicht gedeckt werden könne. Außerdem sehe man aus optischen Gründen – der Bahnhofsvorplatz solle schließlich ein ansprechendes Entree zur Stadt mit einer Öffnung zur Kurfürstenanlage und in Richtung Innenstadt darstellen – eine Verbesserung der derzeitigen Situation (Fahrradvorplatz vollgestellt mit Fahrrädern) als unabdingbar an. Wenn man nun schon eine Planung für die nächsten Jahrzehnte anstrebe, müsse diese auch alle Vorgaben erfüllen und solle keinen Kompromiss aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel darstellen, der jedoch dann unzufriedenstellend für künftige Nutzer wäre.

Es wird auch die Möglichkeit angesprochen, westlich des Bahnhofs ein überirdisches Parkhaus für Kraftfahrzeuge und Fahrräder zu errichten und hierfür das seitens der Deutschen Bahn geplante Hotel weiter nach Westen zu verschieben. Klar sei, dass die Nutzung eines solchen Parkhauses kostenpflichtig sei, dennoch müsse es auch weiterhin möglich bleiben, im Bahnhofsbereich an anderer Stelle Fahrräder kostenfrei abzustellen. Diese kostenfreien, überirdischen Fahrradabstellmöglichkeiten müssten schnell und unkompliziert zugänglich gestaltet sein, damit sie auch angenommen würden.

Ein weiterer Punkt aus dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, der den Mitgliedern des Gremiums nicht nachvollziehbar erscheint, ist der Erhalt des Pavillons der Tourist Information. Grundsätzlich gehöre eine Touristen-Information an den Bahnhof. Ob diese allerdings weiterhin in dem dort verorteten Gebäude angesiedelt werden müsse, sei fraglich. Vielleicht könne über Alternativstandorte und –gebäude auf dem Bahnhofsvorplatz oder über eine Unterbringung der Touristen-Information im Bahnhofsgebäude nachgedacht werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Möglichkeit der Einrichtung eines Kongresszentrums in unmittelbarer Bahnhofsnähe angesprochen. Dort könnte eine Touristen-Information ebenso untergebracht werden.

Im Laufe der Diskussion kommen Überlegungen auf, ob nicht beim Überplanen des Willy-Brandt-Platzes zu viele Nutzungen auf einer begrenzten Fläche untergebracht werden sollen. Man dürfe dabei nicht außer Acht lassen, dass an der Südseite des Bahnhofes umfangreiche Flächen zur Verfügung stünden, die in einem weiteren Schritt ebenfalls neu gegliedert werden.

Abschließend formuliert Bezirksbeirat Margies stellvertretend für das Gremium einen **neuen Beschlussvorschlag**, der an die nachfolgenden Ausschüsse gerichtet ist. Über diesen modifizierten Beschlussvorschlag lässt Herr Schmidt anschließend abstimmen (**Änderungen fett dargestellt**):

Der Bezirksbeirat Weststadt empfiehlt folgenden Beschluss des Gemeinderats

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken werden zur Kenntnis genommen.
2. **Für die Ideenstudie soll keine dezidierte Empfehlung für eine bestimmte Lösung zum Fahrradparken abgegeben werden.**
3. Der Gemeinderat beschließt, der Aufgabenstellung für die Ideenstudie folgende Bindungen zugrunde zu legen
  - Berücksichtigung der Restriktionen aus dem Projekt des Mobilitätsnetzes
  - **Grundsätzlicher Erhalt von Bäumen**
  - **Angebot einer Tourist Information**
4. **Grundsätzlich sind die aufgeführten Anregungen der Bürger zu berücksichtigen.**
5. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse Nr. 2 bis 4 des Beschlussvorschlags wird der Auslobung zur Ideenstudie zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12:0:1 Stimmen**

**gezeichnet**  
Hans Joachim Schmidt  
Vorsitzender

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderung/en  
*Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1*

# Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 17.11.2015

Ergebnis der öffentlichen Sitzung Bau- und Umweltausschuss vom 17.11.2015

## 1.1 **Ideenstudie Umgestaltung Bahnhofsvorplätze** **-Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken** **-Ergebnisse Bürgerbeteiligung und Preisrichtervorbesprechung** **-Aufgabenstellung Ideenstudie** Beschlussvorlage 0379/2015/BV

Herr Bürgermeister Erichson eröffnet den Tagesordnungspunkt und stellt die Frage nach Befangenheiten. Befangenheit wird nicht angezeigt. Herr Bürgermeister Erichson erteilt Herrn Uwe Petry, Planungsbüro VAR und Herrn Raimund Haubrich, H<sup>2</sup>S Architekten haubrich & scholtyssek, das Wort. Anhand einer Präsentation erläutern Herr Petry und Herr Haubrich die Ergebnisse der von ihnen durchgeführten Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken. Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz bittet um Auskunft, aus welchen Gründen die Variante 6 - Gelände der Deutschen Bahn, Bereich ehemaliger Posttunnel – nicht in die Untersuchung eingeflossen sei und ob der nördlich gelegene Posttunnel ebenfalls in Betracht gezogen werden könne. Außerdem erkundigt sich Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, ob eine Kombination der verschiedenen Varianten möglich sei. Herr Petry und Herr Haubrich erklären hierzu, dass beide Tunnel in der Machbarkeitsstudie untersucht worden seien, sie befänden sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Eine Sanierung sei mit schätzungsweise 1 Millionen Euro sehr kostenintensiv. Außerdem werde der Post- und der nördlich gelegene Gepäckunnel als Rettungswege der Deutschen Bahn genutzt. Um den Rettungsweg frei zu halten, müssten die Fahrräder senkrecht aufbewahrt werden, es ließen sich auf diese Weise nur 140 Fahrräder unterbringen. Ein sinnvolles Unterbringen von Fahrrädern sei dadurch auch nicht möglich. Die Deutsche Bahn habe signalisiert, dass eine Nutzung als Fahrradabstellmöglichkeit nicht in Betracht gezogen werde. Weiter erklären Herr Petry und Herr Haubrich, dass es aufgrund der hohen Anzahl der notwendigen Fahrradstellplätze zu einer Kombination verschiedener Varianten kommen werde. Im weiteren Verlauf erteilt Herr Bürgermeister Erichson Frau Merkel vom Stadtplanungsamt das Wort. Anhand einer Präsentation erläutert Frau Merkel ausführlich den aktuellen Sachstand zur Ideenstudie Umgestaltung Bahnhofsvorplätze. Sie hebt hervor, dass das Thema Fahrradparken eine Schlüsselrolle habe. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung entspreche der aktuellen Haushaltslage. Die Entscheidung darüber, ob nur ein „Aufhängen“ der Plätze, oder ob eine „visionäre Gestaltung“ erfolgen solle, liege beim Gemeinderat. Entsprechend müsse dann eine Entscheidung über die benötigten Haushaltsmittel folgen.

Herr Bürgermeister Erichson beendet die Zuziehung der Herren Petry und Haubrich. Er erläutert zur Vorlage, dass bereits in der Sitzung des BUA am 15.09.2015 über den engen Zeitplan informiert worden sei. Dieser werde durch die zwingenden Zeitketten des Umbaus der Haltestelle Hauptbahnhof Nord als Teilprojekt des Mobilitätsnetzprojektes vorgegeben. Eine Einbeziehung der Bezirksbeiräte sei bei Erstellung des Zeitplans insbesondere bei der jetzt vorliegenden Vorlage zeitlich nicht möglich erschienen. Es sei jedoch nach Vorlage aller erforderlichen Bestandteile doch noch kurzfristig möglich gewesen, zumindest den Bezirksbeirat Weststadt in die Beratungskette einzubinden, der Bezirksbeirat Bergheim werde in seiner Sitzung am 15.12.2015 informiert. Für die Beratung der Ergebnisse der Ideenstudie werde noch an einer Möglichkeit gearbeitet, die Beteiligung der Bezirksbeiräte unter Einhaltung des Zeitplans möglich zu machen.

Auch der Beirat von Menschen mit Behinderungen habe sich kurzfristig der Vorlage angenommen. An Frau Dr. Ziegler und Herrn Gallimore richtet er einen besonderen Dank für die Unterstützung.

Die Rückmeldung habe aus zeitlichen Gründen nicht mehr in die Vorlage einfließen können, der Wunsch, in der Auslobung auf den Grundsatzbeschluss zum barrierefreien Bauen in Heidelberg vom 04.04.2014 (DS 0076/2014/BV) hinzuweisen werde jedoch aufgenommen und in dieser ergänzten Fassung zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

In der Anlage 06 fehle noch das Ergebnis der fachlichen Prüfung zur Anregung, Stellplätze für Carsharing anzubieten. Dies wurde vom Verkehrsmanagement zwischenzeitlich positiv entschieden. Die Anregung werde in die Aufgabenstellung aufgenommen.

Bürgermeister Erichson erklärt, der Bezirksbeirat Weststadt habe in seiner Beratung folgende Beschlussempfehlung abgegeben:

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken werden zur Kenntnis genommen.
2. **Für die Ideenstudie soll keine dezidierte Empfehlung für eine bestimmte Lösung zum Fahrradparken abgegeben werden.**
3. Der Gemeinderat beschließt, der Aufgabenstellung für die Ideenstudie folgende Bindungen zugrunde zu legen
  - Berücksichtigung der Restriktionen aus dem Projekt des Mobilitätsnetzes
  - **Grundsätzlicher Erhalt von Bäumen**
  - **Angebot einer Tourist Information**
4. **Grundsätzlich sind die aufgeführten Anregungen der Bürger zu berücksichtigen.**
5. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse Nr. 2 bis 4 des Beschlussvorschlags wird der Auslobung zur Ideenstudie zugestimmt.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz; Stadträtin Dr. Meißner; Stadtrat Steinbrenner; Stadtrat Mumm; Stadträtin Dr. Schenk

Folgende Punkte werden angesprochen:

- Was sei unter einer „visionären Gestaltung“ zu verstehen?
- Welchen Vorteil bringe eine Aufwertung?
- Der Auffassung des Bezirksbeirats Weststadt werde gefolgt.
- Es sei Aufgabe der Planer, möglichst gut miteinander kombinierte Varianten zu entwerfen, die auch finanziell realisierbar seien.
- Der Standort der Touristen-Information könne in Frage gestellt werden.
- Die Möglichkeit einer Fahrradtiefgarage solle nicht von vornherein ausgeschlossen werden.
- Die klare Linie des Bahnhofsgebäudes erlaube keine extravagante Gestaltung; eine einfache Gestaltung sei angebracht.
- Es stelle sich die Frage, warum im Bezirksbeirat Weststadt zum Thema Baumerhalt das Wort grundsätzlich ergänzt worden sei, der letzte Halbsatz dafür gestrichen.
- Die inzwischen hohen Platanen stellten einen Wert für den Bahnhofsvorplatz dar.
- Die Umsetzung der Erneuerungen solle modular erfolgen.
- Sei an eine Bewirtschaftung der Fahrradabstellanlagen gedacht?

- Die Fahrräder müssten schnell abgestellt werden können. Wenn die Anlagen nicht angenommen würden, sei eine Verschlechterung der Situation zu befürchten. Die Bereitschaft, ein Entgelt für Fahrradparken zu zahlen, sei für hochwertige Fahrräder denkbar.

Frau Merkel erläutert, sollte der Gemeinderat eine umfassende Neugestaltung wünschen, seien die im Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgeführten Restriktionen wie die Nichtweiterverfolgung einer Fahrradtiefgarage oder der Erhalt der Tourist-Information aus der Aufgabenstellung herauszunehmen.

Herr Bürgermeister Erichson unterbricht die Sitzung um 17:41 Uhr um nochmals Herrn Haubrich und Herrn Petry eine Redemöglichkeit zu gewähren. Die Sitzung wird um 17:45 Uhr wieder eröffnet.

Aus der Sitzungsunterbrechung wird aufgenommen, dass der Bau einer Tiefgarage sich zwangsläufig auch auf die oberirdische Gestaltung auswirke. Sicheres Fahrradparken werde zunehmend gewünscht. Eine Bewirtschaftung komfortabler Fahrradstellplätze sei möglich.

Im weiteren Verlauf fragt Bürgermeister Erichson, ob die verschiedenen Punkte der Beschlussempfehlung des Bezirksbeirats Weststadt einzeln abgestimmt werden sollen. Aus der Mitte des Bau- und Umweltausschuss wird dies gewünscht. Stadtrat Steinbrenner stellt den **Antrag** folgende Punkte ebenfalls zur Abstimmung zu stellen:

Eine modulare Umsetzung der Pläne ist zu prüfen.

Die unterschiedlichen Entwürfe sind hinsichtlich der Kosten der Umsetzung auf gleicher Berechnungsgrundlage zu vergleichen.

Sodann stellt Bürgermeister Erichson den Beschlussvorschlag des Bezirksbeirats Weststadt ergänzt durch die von Stadtrat Steinbrenner genannten Punkte einzeln zur Abstimmung:

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

**2. Für die Ideenstudie soll keine dezidierte Empfehlung für eine bestimmte Lösung zum Fahrradparken abgegeben werden.**

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 13:01:00**

3. Der Gemeinderat beschließt, der Aufgabenstellung für die Ideenstudie folgende Bindungen zugrunde zu legen

- Berücksichtigung der Restriktionen aus dem Projekt des Mobilitätsnetzes
- **Grundsätzlicher Erhalt von Bäumen**
- **Angebot einer Tourist Information**

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 15:01:00**

**4. Grundsätzlich sind die aufgeführten Anregungen der Bürger zu berücksichtigen.**

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 15:01:00**

**5. Eine modulare Umsetzung der Pläne ist zu prüfen.**

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 09:00:07**

**6. Die unterschiedlichen Entwürfe sind hinsichtlich der Kosten der Umsetzung auf gleicher Berechnungsgrundlage zu vergleichen.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

Abschließend stellt Bürgermeister Erichson die Beschlussempfehlung des Bau- und Umweltausschuss in der abgeänderten Fassung zur Abstimmung (Änderungen sind fett dargestellt):

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken werden zur Kenntnis genommen.
2. **Für die Ideenstudie soll keine dezidierte Empfehlung für eine bestimmte Lösung zum Fahrradparken abgegeben werden.**
3. Der Gemeinderat beschließt, der Aufgabenstellung für die Ideenstudie folgende Bindungen zugrunde zu legen
  - Berücksichtigung der Restriktionen aus dem Projekt des Mobilitätsnetzes
  - **Grundsätzlicher Erhalt von Bäumen**
  - **Angebot einer Tourist Information**
  - **Berücksichtigung des Grundsatzbeschlusses zum barrierefreien Bauen in Heidelberg vom 04.04.2014 (DS 0076/2014/BV).**
4. **Grundsätzlich sind die aufgeführten Anregungen der Bürger zu berücksichtigen. In Anlage 06 wird ergänzt, dass die fachliche Prüfung ergeben hat, dass das Angebot von Carsharingplätzen möglich ist.**
5. **Eine modulare Umsetzung der Pläne ist zu prüfen.**
6. **Die unterschiedlichen Entwürfe sind hinsichtlich der Kosten der Umsetzung auf gleicher Berechnungsgrundlage zu vergleichen.**
7. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse Nr. 2 bis 6 des Beschlussvorschlags wird der Auslobung zur Ideenstudie zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

**Beschlussempfehlung des Bau- und Umweltausschusses**

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken werden zur Kenntnis genommen.
2. **Für die Ideenstudie soll keine dezidierte Empfehlung für eine bestimmte Lösung zum Fahrradparken abgegeben werden.**
3. Der Gemeinderat beschließt, der Aufgabenstellung für die Ideenstudie folgende Bindungen zugrunde zu legen
  - Berücksichtigung der Restriktionen aus dem Projekt des Mobilitätsnetzes

- Grundsätzlicher Erhalt von Bäumen
  - Angebot einer Tourist Information
  - Berücksichtigung des Grundsatzbeschlusses zum barrierefreien Bauen in Heidelberg vom 04.04.2014 (DS 0076/2014/BV).
4. Grundsätzlich sind die aufgeführten Anregungen der Bürger zu berücksichtigen. In Anlage 06 wird ergänzt, dass die fachliche Prüfung ergeben hat, dass das Angebot von Carsharingplätzen möglich ist.
  5. Eine modulare Umsetzung der Pläne ist zu prüfen.
  6. Die unterschiedlichen Entwürfe sind hinsichtlich der Kosten der Umsetzung auf gleicher Berechnungsgrundlage zu vergleichen.
  7. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse Nr. 2 bis 6 des Beschlussvorschlags wird der Auslobung zur Ideenstudie zugestimmt.

**gezeichnet**  
Wolfgang Erichson  
Bürgermeister

**Ergebnis:** einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderungen

## Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015:

### 3 **Ideenstudie Umgestaltung Bahnhofsvorplätze – Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken – Aufgabenstellung Ideenstudie – Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und Preisrichtervorbesprechung** Beschlussvorlage 0379/2015/BV

Oberbürgermeister Dr. Würzner verweist auf die geänderte Beschlussempfehlung des Bau- und Umweltausschusses vom 17.11.2015 hin und stellt diese – nach kurzen Meinungsäußerungen von Stadtrat Rothfuß und Stadträtin Dr. Meißner – zur Abstimmung (Änderungen fett gedruckt):

#### **Beschluss des Gemeinderates:**

1. *Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken werden zur Kenntnis genommen.*
2. **Für die Ideenstudie soll keine dezidierte Empfehlung für eine bestimmte Lösung zum Fahrradparken abgegeben werden.**
3. *Der Gemeinderat beschließt, der Aufgabenstellung für die Ideenstudie folgende Bindungen zugrunde zu legen*
  - *Berücksichtigung der Restriktionen aus dem Projekt des Mobilitätsnetzes*
  - **Grundsätzlicher Erhalt von Bäumen**
  - **Angebot einer Tourist Information**
  - **Berücksichtigung des Grundsatzbeschlusses zum barrierefreien Bauen in Heidelberg vom 04.04.2014 (DS 0076/2014/BV).**
4. **Grundsätzlich sind die aufgeführten Anregungen der Bürger zu berücksichtigen. In Anlage 06 wird ergänzt, dass die fachliche Prüfung ergeben hat, dass das Angebot von Carsharingplätzen möglich ist.**
5. **Eine modulare Umsetzung der Pläne ist zu prüfen.**
6. **Die unterschiedlichen Entwürfe sind hinsichtlich der Kosten der Umsetzung auf gleicher Berechnungsgrundlage zu vergleichen.**
7. *Unter Berücksichtigung der Ergebnisse Nr. 2 bis 6 des Beschlussvorschlags wird der Auslobung zur Ideenstudie zugestimmt.*

gezeichnet  
Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** einstimmig beschlossen

## Begründung:

### 1. Ausgangslage

Der Bahnhofsvorplatz (Willy-Brandt-Platz) hat als öffentlicher Raum zentrale Bedeutung für die Stadt. Er hat seit seiner Herstellung in den 1950er Jahren keine nennenswerten baulichen Veränderungen mehr erfahren. Die drei Platzteile des Willy-Brandt-Platzes stellen eine unübersichtliche Raumfolge mit wenig ansprechenden städtebaulichen Qualitäten dar. Hochbeete aus Waschbeton, mehrfach ausgebesserte Oberflächen, veraltete Beleuchtung und Stadtmobiliar, ungeordnetes Fahrradparken, starke Verschmutzungen prägen das Stadtbild und vermitteln so nach Heidelberg einreisenden Touristen und Pendlern einen unvorteilhaften Eindruck der Stadt. Die Gestaltung des Platzes wird den heutigen Anforderungen an die gestiegene Mobilität, an Aufenthaltsqualität und Stadtmarketing nicht mehr gerecht. Aus diesen Gründen ist seit längerem eine Modernisierung des Raumes geboten.

Ausgelöst durch den Haltestellenumbau der rnv ergibt sich die Notwendigkeit einer zügigen, angepassten Neugestaltung des angrenzenden Willy-Brandt-Platzes mit seinen drei Teilbereichen. Es soll eine Ideenstudie für die Platzgestaltung im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung durchgeführt werden. Der Gemeinderat hat am 8.10.2015 der Durchführung einer Ideenstudie für die Neugestaltung der Bahnhofsplätze mit Realisierungsteil und dem Beteiligungskonzept (DS 0281/2015/BV) zugestimmt.

### 2. Verfahren, Abhängigkeiten und Zielkonflikte

Im Zuge des Haltestellenumbaus müssen Flächen auf den Platzflächen baulich angepasst werden. Die Verwaltung versucht nach wie vor, es zu ermöglichen, dass die Ergebnisse der Ideenstudie oder Teile davon rechtzeitig in die Ausführungsplanung der rnv einfließen können. Weiterhin soll vorgesorgt werden, dass notwendige Maßnahmen der rnv-Planung auf den Platzflächen den Ergebnissen eines Gesamtkonzepts und einer zeitlich nachgelagerten Platzgestaltung nicht vorgreifen. Flächen der rnv-Planung, die in das Bearbeitungsgebiet der Ideenstudie eingreifen, sind in folgendem Plan dargestellt.

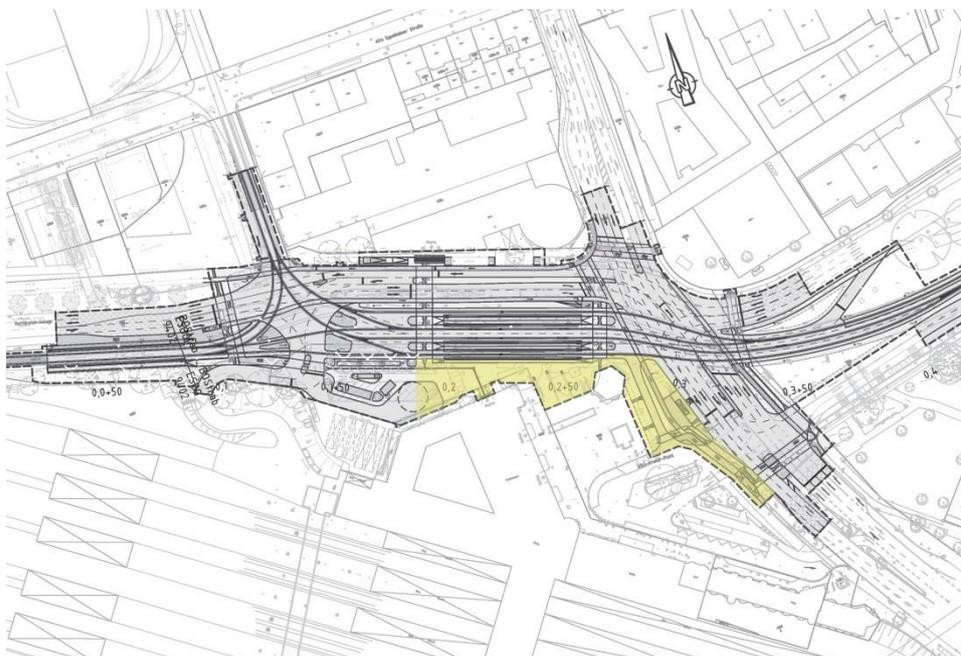


Abbildung: Gekennzeichneter Bereich des Platzes, der von den Baumaßnahmen der rnv betroffen ist

Ursprünglich war geplant, die Ideenstudie mit einem Realisierungsteil zu koppeln, um dem Büro mit dem prämierten Entwurf in einem ersten Schritt ein Auftragsversprechen für die im Plan gekennzeichneten Flächen zu erteilen. Davon wurde Abstand genommen.

Zu den Gründen:

Für die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes sind derzeit keine Haushaltsmittel eingeplant. Auch ist eine Berücksichtigung des Projektes derzeit in der mittelfristigen Finanzplanung noch nicht vorgesehen. Kosten für Lösungen aus der Ideenstudie, die über eine Erneuerung von Oberflächenbelägen und Stadtmobiliar sowie über eine nicht wesentliche Neuordnung von Funktionen hinausgehen und erhebliche Investitionen nach sich ziehen würden, müssten im Doppelhaushalt 2017/2018 berücksichtigt werden. Derzeit gibt es noch keine Ermächtigungsgrundlage des Gemeinderats für die Finanzierung von Baumaßnahmen, insofern kann derzeit kein Auftragsversprechen gegenüber den Planern gegeben werden, so dass nur eine Ideenstudie ohne Realisierungsteil beauftragt werden soll.

Es besteht eine starke Abhängigkeit zwischen etwaigen kostenintensiven baulichen Anlagen und den Folgen für die Freiraumgestaltung. So ließe sich beispielsweise ein Entwurf, der einen Großteil der Fahrräder in einer Tiefgarage abwickelt und aufgrund dessen mehr Flächenpotentiale für die Freiraumgestaltung beinhaltet, dann nicht mehr umsetzen, wenn von der Idee einer Fahrrad Tiefgarage aus Kostengründen später Abstand genommen würde. Damit würden die Ergebnisse der Ideenstudie in Frage gestellt und wären ohne Nutzen.

Der Pavillon der Tourist-Information auf dem zentralen Vorplatz ist grundsätzlich richtig angesiedelt. Das Festhalten an der heutigen Lage stellt jedoch eine starke Einschränkung der planerischen Möglichkeiten dar. Bereits 2011 wurde eine Verlagerung im Zusammenhang mit der anstehenden Modernisierung geprüft. Sie erscheint aufgrund der damit verbundenen Investitionen unrealistisch.

Für den Prozess ist es daher hilfreich, wenn der Gemeinderat frühzeitig einen Hinweis darüber gibt, welche Erwartungen an die Platzgestaltung gestellt werden und ob er entwurfsbestimmenden Faktoren wie

- Ersatzneubau Tourist Information
- Bau einer Fahrrad Tiefgarage
- Neuverteilung von Bäumen durch Ersatzpflanzungen

aufgeschlossen gegenüber steht oder diese beispielsweise aus Kostengründen dezidiert ausschließt. Diese Diskussion ist im Zusammenhang mit dieser Vorlage zu führen.

Zusammenfassend muss betont werden, dass die Entscheidung, ob und welche Flächen im zeitlichen Zusammenhang mit der rnv –Maßnahme umgesetzt werden können, stark von den Ergebnissen der Ideenstudie abhängen. Mit der Entscheidung des Gemeinderats über die Weiterverfolgung der Ergebnisse im Juli 2016 wäre gegebenenfalls auch eine Aussage über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zu treffen.

Bei einfachen Lösungen ohne größere Eingriffe in die Platzstrukturen ist eine zeitliche Umsetzung der Oberflächen und des Stadtmobiliars im Zuge der rnv-Maßnahme möglich, bei komplexeren Lösungen tendenziell nicht, da die Durchführung von notwendigen Ausführungsplanungen

und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln eine gewisse Zeit beanspruchen und mit der zeitlichen Umsetzung der rnv-Maßnahme nicht mehr zu vereinbaren wären.

In diesem Fall wäre über eine provisorische und einfache Herstellung der Oberflächen wie im Bestand auf der gekennzeichneten Fläche (siehe Plan), die von der rnv-Planung betroffen ist, sinnvoll. Diese Entscheidung müsste ebenfalls mit Vorliegen der Ergebnisse im Juli 2016 getroffen werden.

### **3. Machbarkeitsstudie Fahrradparken**

Bereits heute ist die Parksituation für Fahrräder angespannt. Bisher werden weite Teile des zentralen Bahnhofsvorplatzes für das Fahrradparken genutzt. Sie schränken die Aufenthaltsqualität ein, der repräsentative Platzcharakter vor der Empfangshalle kommt nicht zur Geltung und die Möglichkeiten für die Nutzer, das Fahrrad sicher abzuschließen, sind kaum vorhanden. Aufgrund der Haltestellenmaßnahme und der geplanten Bahnhofserweiterung beziehungsweise bei Realisierung des geplanten Hotels durch die Deutsche Bahn muss das Fahrradparken neu organisiert werden.

Eine gute Lösung für das Fahrradparken im Umfeld des Hauptbahnhofs unter funktionalen und stadtbildverträglichen Aspekten ist die Voraussetzung, um überhaupt Flächen für eine qualitätsvolle Platzgestaltung mit hoher Aufenthaltsqualität ertüchtigen zu können. Im Vorfeld der Ideenstudie für die Umgestaltung der Bahnhofsvorplätze hat die Stadt Heidelberg eine Machbarkeitsstudie zum Fahrradparken beauftragt. Der Auftrag ging an die Bürogemeinschaft Planungsbüro VAR und **H2S architekten** (Haubrich und Scholtyssek) aus Darmstadt. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Fahrradparken sind als Anlage 02 dieser Vorlage beigefügt.

Die Machbarkeitsstudie enthält Aussagen zu Radverkehrsbeziehungen, prognostiziert die Abstellbedarfe für die Zukunft unterteilt in Bahnstadtseite (Prognose 1350 Fahrräder) und Bahnhofsumfeld nördlich der Gleisanlagen (Prognose 2650 Fahrräder), und widmet sich der Untersuchung von verschiedenen Möglichkeiten des Parkens von Fahrrädern. Weiterhin werden verschiedene Formen von Parksyste men dargestellt.

Im Zusammenhang mit der Ideenstudie ist für die Aufgabenstellung ausschließlich der Bedarf maßgeblich, der auf den verschiedenen Flächen des Willy-Brandt-Platzes nachgewiesen werden muss. Hier müssen sich die Planer mit den Zielkonflikten auseinandersetzen, die sich aus den beschränkten, zur Verfügung stehenden Flächen und den verschiedenen Ansprüchen (Fahrrad, MIV, Taxis; Fußgänger, Aufenthaltsqualität, Freiraumgestaltung) ergeben.

Die Machbarkeitsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass sich im Bereich des Gleises 1 insgesamt **740** Fahrräder (siehe Anlage 02, Seite 38) realisieren lassen. Die in der Machbarkeitsstudie aufgezeigten Ressourcen in den beiden Gepäcktunneln unter den Gleisanlagen wurden nicht berücksichtigt, da die Gutachter diese Varianten nicht empfohlen haben. Die vom Gutachter favorisierte Variante einer Fahrradtiefgarage mit Anschluss an das Untergeschoss des Empfangsgebäudes ist unter verkehrlichen Aspekten sinnvoll, lässt mehr Möglichkeiten für andere Platznutzungen, soll aber aufgrund der damit verbundenen sehr hohen Kosten nicht weiterverfolgt werden.

Damit verbleibt ein Bedarf von **1910** Fahrräder (Vergleich heute **1547** Fahrräder) die anderswo auf den Platzflächen nachgewiesen werden müssen. Mieträder sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Deren Standorte sind laut Aufgabenstellung ohnehin zusätzlich in die Planung zu integrieren.

Aufgabe der Planer ist es, den Bedarf von bis zu 1910 Fahrrädern, aber zwingend in jedem Fall den Bestand von 1550 Fahrrädern funktional sinnvoll und stadtbildverträglich unterzubringen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der größere Teil auf dem Willy-Brandt-Platz Nord abgewickelt werden soll. Sich kreuzende Beziehungen mit dem Haltestellenbereich und der dort wartenden Fahrgäste sind zu vermeiden.

Im Zuge des geplanten Hotelneubaus der Deutschen Bahn wünscht die Stadt Heidelberg die Berücksichtigung von circa 600 Fahrrädern in der Tiefgarage. Hier könnte ein Angebot für diejenigen entstehen, die ihr Fahrrad gegen Zahlung einer Gebühr sicher verschließen möchten. Derzeit wird die Lösung von der Deutschen Bahn abgelehnt. Die Verwaltung verhandelt diesbezüglich mit der Deutschen Bahn.

#### **4. Ergebnisse der Preisrichtervorbesprechung**

Die Preisrichtervorbesprechung fand am 20.10.2015 vor der Bürgerveranstaltung statt, so dass die Preisrichter Gelegenheit hatten, diese zu besuchen. Die meisten Preisrichter ermutigten die Stadt, eine nachhaltige Lösung im Sinne einer „Starken Idee“ für den Bahnhofsvorplatz erarbeiten zu lassen und sich nicht auf einen reinen „Pflasterwettbewerb“ oder eine „Aufhübschung“ zu beschränken. Einerseits solle die rnv-Planung respektiert werden, andererseits sollen Elemente, die nicht planfeststellungsrelevant sind, hinterfragt werden dürfen. Es sollen Lösungen aufgezeigt werden, die über die Bearbeitung von aus der rnv-Planung resultierenden Restflächen hinausgehen. Dem würden nach Ansicht der Preisrichter einschränkende Vorgaben wie der Erhalt des Pavillons der Tourist Information oder das Festhalten am Erhalt aller Bäume entgegenstehen. Auf jeden Fall müssen die Restriktionen an die Planung deutlich formuliert werden.

Wie im Kapitel Nr. 2 beschrieben, bedarf es an dieser Stelle einer grundsätzlichen Diskussion im Gemeinderat.

Über die Art und Weise der Kostenermittlung im Rahmen der Ideenstudie wurde intensiv diskutiert. Aufgrund der zu erwartenden sehr unterschiedlichen Lösungsansätze solle hier nur der Kostenrahmen von wesentlichen Entwurfsbestandteilen dargestellt werden. Die Vorgabe eines Kostenschlüssels wurde verworfen.

#### **5. Ergebnisse der Bürgerbeteiligung**

Folgende Elemente der Bürgerbeteiligung wurden durchgeführt beziehungsweise sind geplant:

- Online-Umfrage (16.09.2015 - 23.10.2015): „Was ist Ihnen an den Bahnhofsvorplätzen besonders wichtig?“
- Bürgervertreter in der Jury (2 Teilnehmer, 2 Vertreter), Auswahl erfolgte im Bewerbungsverfahren
- Bürgerveranstaltung am 20.10.2015 mit Vorstellung der Aufgabenstellung und anschließender Diskussion
- Öffentliches Ausgabekolloquium, in dem informelle Gespräche zwischen den Planenden und der Bürgerschaft möglich sind.
- Ausstellung Planentwürfe mit öffentlicher Führung und Veranstaltung, Bürgervertreter aus der Jury kommen zu Wort

### **5.1. Online-Umfrage**

An der nicht repräsentativen Umfrage haben zwischen dem 17.09.2015 und 23.10.2015 insgesamt 1138 Personen teilgenommen. Am wichtigsten sind den Teilnehmenden kurze Wege zu Bus, Bahn, Straßenbahn, Taxi und anderen Verkehrsarten, möglichst viele Bäume und Grünflächen sowie Fahrradabstellplätze. Eine Vielzahl der Teilnehmenden bevorzugt, dass Fahrräder selbst abgestellt und sicher an einem Gegenstand angeschlossen werden können. Auch die Sitzgelegenheiten auf den Bahnhofsvorplätzen wurden als wichtig erachtet. Die vollständigen Ergebnisse der Online-Umfrage sind als Anlage 04 beigefügt.

### **5.2. Bürgerveranstaltung am 20.10.2015**

Die Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung fand in der Kantine der Stadtwerke Heidelberg statt. Circa 80 Besucher waren anwesend. An vier Thementische wurden die wesentlichen Bestandteile der Aufgabenstellung ausgehängt. Die Thementische waren

- Stadtgestaltung und Ästhetik
- Freiraumgestaltung
- Verkehr: Fußgänger und Radverkehr
- Verkehr: MIV, ÖPNV, Taxi, Busse

Die Bürger hatten nach einem Einführungsvortrag die Gelegenheit, die Bestandteile der Aufgabenstellung zu diskutieren sowie Anregungen und Ergänzungen zu dieser vorzubringen. Vor allem der Aspekt Fahrradparken, aber auch die Platzgestaltung und die Entflechtung der verschiedenen Nutzungsarten wurden bei der Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung intensiv diskutiert. Alle vorgebrachten Anregungen wurden zwischenzeitlich durch die Verwaltung geprüft. Die begründeten Vorschläge, welche Anregungen in der Aufgabenstellung Berücksichtigung finden sollen oder nicht weiterverfolgt werden, sind der Anlage 05 zu entnehmen.

## **6. Lichttechnisches Gutachten**

Die Stadt Heidelberg hat die Stadtwerke Heidelberg Umwelt GmbH gebeten, ein lichttechnisches Gutachten über die Beleuchtungssituation im Umfeld des Hauptbahnhofes zu beauftragen. Die Ergebnisse sollen im Januar 2016 zum Ausgabekolloquium vorliegen.

## **7. Restriktionen aus dem Projekt Mobilitätsnetz**

Die Umsetzung der Straßenbahnplanung hat für die rnv und die Stadt Heidelberg eine hohe Priorität. Folgende Elemente der Haltestellenplanung sind vom Gemeinderat bereits beschlossen und dürfen nicht mehr verändert werden:

- Lage und Größe der Straßenbahnhaltestelle mit allen technischen und betrieblichen Einrichtungen, sofern sie nicht die Platzflächen berühren
- Lage und Linienführung der Bahnen und Busse im gesamten Plangebiet
- Lage und Anzahl der Fußgängerquerungen im Haltestellenbereich
- Lage der Radführung im Haltestellenbereich

- Verkehrswege des MIV im gesamten Planbereich
- Maststandorte der Fahrleitungsanlage
- Anordnung des Blindenleitsystems im Haltestellenbereich, wobei Vorschläge zum Material erwartet werden

Eine Ausnahme stellen die Fahrleitungsmaste auf dem Willy-Brandt-Platz Nord dar, die in den vorgegebenen Achsen verschoben werden können.

Im Rahmen der Ideenstudie können losgelöst von der Planung der RNV folgende Bereiche in die planerischen Überlegungen einbezogen werden:

- Willy-Brandt-Platz Nord
- Haltestelleninsel für die Busse und dem Übergangsbereich zwischen Bushaltestelle und zentralen Bahnhofsvorplatz, wobei an der Lage der Haltestelle grundsätzlich festzuhalten ist.
- Fußgängerquerung zwischen Willy-Brandt-Platz Süd und Weststadt in der Hinführung zum zentralen Bahnhofsvorplatz, wobei an der Lage der Querung grundsätzlich festzuhalten ist.
- Blindenleitsystem im Übergangsbereich zwischen Haltestelle und DB-Empfangsgebäude
- Gehweg und Freianlagen Kurfürstenanlage-Nord im Bereich BG Chemie

## **8. Aufgabenstellung**

Die aus der Bürgerschaft angeregten Aspekte flossen nach fachlicher Prüfung in die Aufgabenstellung ein.

Die Aufgabenstellung wurde mit der Deutschen Bahn abgestimmt. Es konnte keine Einigkeit darüber erreicht werden, dass in der Aufgabenstellung der Hinweis gegeben wird, dass im Zuge des geplanten Hotelkomplexes eine Fläche für Fahrräder in die Tiefgarage integriert werden soll. Weiterhin wünscht die Bahn 5 Stellplätze für Mitarbeiter auf den öffentlichen Platzflächen. Aufgrund des hohen Nutzungsdrucks auf den Platzflächen schlägt die Verwaltung vor, nur 2 Stellplätze zu berücksichtigen.

Die Aufgabenstellung muss abhängig von der Diskussion im Gemeinderat gegebenenfalls angepasst werden

Die fehlende Verbindlichkeit für die geplante Fußgänger- und Radfahrerbrücke, deren bauliche Vorkehrungen entwurfsbestimmend sowohl für die Platzbildung zwischen Erweiterung des Bahnhofsgebäudes und Hotelkomplex als auch für die notwendige Zuwegung zu Gleis 1 sind, hat sich erschwerend bei der klaren Formulierung der planerischen Aufgabe für den Willy-Brandt-Platz Nord erwiesen. Insofern muss in Kauf genommen werden, dass die im Rahmen der Ideenstudie vorgeschlagenen Lösungen gegebenenfalls nicht umsetzungsfähig sind.

## **9. Beteiligung der Bezirksbeiräte**

Wie bereits in der Vorlage DS 0281/2015/BV ausgeführt, müssen nach dem derzeitigen Zeitplan der rnv die kompletten Bauleistungen bis Anfang November 2016 vergeben sein, um den Baubeginn der Teilmaßnahme des Mobilitätsnetzprogramms am 01.12.2016 einzuhalten. Aufgrund der Dringlichkeit und des notwendigerweise engen Zeitplans (vgl. Anlage 2 zur DS

0281/2015/BV), wird der Bezirksbeirat des angrenzenden Stadtteils Bergheim in seiner Sitzung am 15.12.2015 über die Vorlage ausnahmsweise nachträglich informiert.

## **10. Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen**

Ein Vertreter des Beirates war bei den Schlüsselpersonengesprächen anwesend. Die Belange von Menschen mit Behinderung flossen in die Aufgabenstellung ein. Die Aufgabenstellung wurde mit dem Beirat vorbesprochen.

### **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg**

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes		
Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SL 11	+	Straßen und Plätze als Lebensraum zurückgewinnen, Aufenthaltsqualität verbessern
		<b>Begründung:</b>
		Der Bahnhofsvorplatz soll ein attraktiver Platz sein, der als „Visitenkarte“ der Stadt aufgewertet wird und die Stadt würdig repräsentiert.
		<b>Ziel/e:</b>
SL 10	+	Barrierefrei bauen
		<b>Begründung:</b>
		Die Oberflächen sollen barrierefrei sein, ein Blindenleitsystem soll die Orientierung verbessern.
		<b>Ziel/e:</b>
QU 1	-	Solide Haushaltswirtschaft
		<b>Begründung:</b>
	+/-	Bisher sind keine Gelder für das Projekt im Haushalt eingestellt. Bei Umsetzung des Bahnhofsvorplatzes sind andere Projekte zurückzustellen.
		<b>Ziel/e:</b>
	-	
		<b>Begründung:</b>
	+/-	

#### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Die Umgestaltung der Bahnhofsvorplätze steht in Konkurrenz zu zahlreichen anderen Bauvorhaben der Stadt. Da seit 60 Jahren keine nennenswerten Maßnahmen im öffentlichen Raum stattfanden und das Projekt eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit hat, sollte eine Abwägung der Prioritäten stattfinden.

gezeichnet  
Bernd Stadel

#### **Anlagen zur Drucksache:**

Nummer:	Bezeichnung
01	Auslobung Ideenstudie Umgestaltung Bahnhofsvorplätze
02	Machbarkeitsstudie Fahrradparken
03	Dokumentation Baumbestand, Oktober 2015
04	Ergebnisse Online-Umfrage
05	Anregungen der Bürger aus der Bürgerveranstaltung vom 20.10.2015 mit Vorschlägen der Verwaltung zur Berücksichtigung in der Aufgabenstellung
06	Schriftliche Anregungen der Bürger mit Vorschlägen der Verwaltung zur Berücksichtigung in der Aufgabenstellung
07	Präsentation von VAR, h2s architekten haubrich & scholtyssek in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 17.11.2015